

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : I-36

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member - ~~Alternate~~

Artikel I-36: ~~Durchführungsrechtsakte~~ Durchführung von Rechtsakten

(1) Die Mitgliedstaaten ergreifen alle zur Durchführung der rechtlich bindenden Rechtsakte der Union erforderlichen *innerstaatlichen* Maßnahmen.

(2) Bedarf es einheitlicher Bedingungen für die Durchführung der rechtlich bindenden Rechtsakte der Union, so können mit diesen Rechtsakten der Kommission ~~oder in Sonderfällen und in den in Artikel I 39 genannten Fällen dem Rat~~ Durchführungsbefugnisse übertragen werden.

Die Befugnis zur Durchführung von Gesetzgebungsakten kann jederzeit sowohl vom Europäischen Parlament als auch vom Rat widerrufen werden; für diese Zwecke beschließt das Europäische Parlament mit der Mehrheit seiner Mitglieder und der Rat mit qualifizierter Mehrheit. Bereits erlassene Durchführungsrechtsakte sind daraufhin durch die Kommission unverzüglich aufzuheben.

(3) Ein europäisches Gesetz legt im Voraus allgemeine Regeln und Grundsätze für die Kontrolle der Durchführungsrechtsakte der Union ~~durch die Mitgliedstaaten~~ fest.

(4) Die Durchführungsrechtsakte der Union ergehen in der Form von Europäischen Durchführungsverordnungen oder Europäischen Durchführungsbeschlüssen.

Bevor die Kommission eine Durchführungsverordnung oder einen Durchführungsbeschluss, der an keinen bestimmten Adressaten oder an alle Mitgliedstaaten gerichtet ist, erlässt, informiert sie darüber rechtzeitig das Europäische Parlament und den Rat.

Explanation (if any) :

Absatz 1:

Im Bereich des außenpolitischen Handelns der Union kann das Ergreifen lediglich innerstaatlicher Maßnahmen unter Umständen gerade nicht ausreichend sein.

Absatz 2 Unterabsatz 1:

Artikel I-39 nennt keine Fälle, in denen dem Rat Durchführungsbefugnisse durch einen Rechtsakt übertragen werden. Auch sonstige "Sonderfälle" sind den bisherigen Artikelvorschlägen nicht zu entnehmen.

Absatz 2 Unterabsatz 2:

Das sog. Rückholrecht der beiden gesetzgebenden Organe ist Ausdruck ihrer politischen Verantwortlichkeit für die von ihnen erlassenen Rechtsakte. Diese Verantwortlichkeit darf nicht zur Disposition gestellt werden, indem es den beiden gesetzgebenden Organen freigestellt wird, ein solches Rückholrecht eventuell in den "Grundsätzen und Regeln" vorzusehen. Die politische Verantwortlichkeit der gesetzgebenden Organe muss vielmehr für alle sichtbar in der Verfassung verankert werden.

Aus Gründen der Rechtssicherheit sollte dem Widerruf keine unmittelbare Außenwirkung zukommen. Er sollte lediglich die Pflicht der Kommission begründen, etwaige Durchführungsakte nach den einschlägigen Bestimmungen (insbesondere Art. 33) unverzüglich aufzuheben.

Absatz 3:

Die Kontrolle obliegt nicht nur den Mitgliedstaaten, sondern auch und gerade den Gesetzgebungsorganen der Union.

Absatz 4 Unterabsatz 2:

Übernahme des Inhalts des Punktes 13 der Rahmenvereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission vom 5.7.2000 (Dok. C5-0349/2000) zur Sicherung des Widerrufsrechts der Gesetzgebungsorgane.